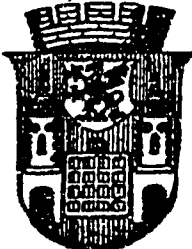


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Befellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gebühr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. N. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. N.

Nummer 22

Montag, den 27. Januar 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Reichswehrminister Groener hat sich in einer Unterredung zu dem Problem der Abrüstung und Deutschlands Stellung zur Londoner Konferenz geäußert.

* Durch Frankreichs Vorkoch in der Sicherheitsfrage sind die Verhandlungen der Seckonferenz in ein kritisches Stadium geraten.

* Die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei wegen einer Koalitionserweiterung in Preußen scheinen diesmal zu einem positiven Ergebnis zu führen.

* Interfraktionelle Besprechungen der Regierungsparteien im Reich haben zu einer Verständigung beim Zündholzmonopol geführt, die vielerseits mit sehr gemischten Gefühlen angenommen wird.

Der deutsche Osten ruft!

Die Denkschrift der preussischen Ostprovinzen.

Berlin, 26. Januar.

Um der immer drückender werdenden Notlage des deutschen Ostens zu steuern, haben sich die Landeshauptleute der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pomern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen. Zu diesem Zwecke ist dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, den Innenministern von Reich und Preußen, den Präsidenten des Reichstages und preussischen Landtages und den parlamentarischen Vertretern von Reich und Preußen eine Denkschrift übergeben worden, durch die die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen sowie der gesamten deutschen Öffentlichkeit in letzter Stunde auf die große wirtschaftliche Bedrängnis und die schwere nationale Gefahr im Osten gelenkt und Mittel zu ihrer Abhilfe in Vorschlag gebracht worden.

Die jedoch der Presse übergebene 31 Seiten starke Denkschrift entwirft ein eindrucksvolles Bild der Notlage, von der die Ostprovinzen in allen ihren Teilen erfaßt sind. Die Ostprovinzen seien sich mit der Bevölkerung ihrer Provinzen der engen Schicksalsverbundenheit des deutschen Ostens und des deutschen Westens bewußt. Aber gerade diese Schicksalsverbundenheit lege die Verpflichtung auf, zu fordern, daß nunmehr nachdrücklicher als bisher wirtschaftliche, soziale, kulturelle und auch politische Fürsorge dem deutschen Osten zuteil werde. Opfervoll habe er bisher sein schweres Los getragen.

Laßte auf Deutschlands Westen bisher eine sichtbare Befähigung, so auf dem deutschen Osten die unsichtbare Befähigung schwerster Wirtschaftsnot.

An die gesamte deutsche Öffentlichkeit richte sich der Appell, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Reorganisation der deutschen Ostgebiete zum Wohle des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer gewährleisten.

In umfassenden Darlegungen werden dann an Hand zahlreicher statistischer Aufstellungen und Karten die Schäden der brutalen Grenzerreißung, die Verluste an Land und Leuten, die wirtschaftliche Notlage und ihre verheerenden Folgen aufgezeigt. Der unaufhaltsam fortschreitende Zerlegungsprozeß zeigt seine unheilvolle Auswirkung in allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die finanzielle Lage der Selbstverwaltungen ist so erschüttert, daß sie ihren Verpflichtungen namentlich auf sozialem und kulturellem Gebiet nicht mehr nachkommen können.

Besonders eindringlich wird auf die Gefahr der slawischen Ueberflutung der deutschen Ostmark infolge ihrer ungezügelter Bevölkerung und der ständig anhaltenden Abwanderung hingewiesen. In der deutschen Öffentlichkeit müsse sich immer mehr die Ueberzeugung durchsetzen, daß das Schicksal der Ostmark auch das Schicksal der Nation sei.

Die Denkschrift schließt mit der Aufzählung einer Anzahl Forderungen, unter denen unter anderem folgende enthalten sind: Erweiterung und Verbesserung des Straßen- und Eisenbahnnetzes, Maßnahmen zur Erhaltung und Stützung der ostdeutschen Landwirtschaft und Industrie, des Handwerks und des Handwerks, Vermehrung der Reichs- und Staatsaufträge, eine starke Kulturpolitik, Sonderdotationen für die östlichen Provinzialverwaltungen und eine gerechte Verteilung der Schullasten.

Moldenhauer über die Haager Ergebnisse.

Wirtschaftliche Verständigung statt Machtpolitik.

Berlin, 26. Januar.

Reichsfinanzminister Professor Moldenhauer sprach in Berlin über die Ergebnisse der Haager Konferenz.

Nach einem historischen Rückblick über die Entwicklung der Reparationsfrage wies er auf die Vorteile des Youngplanes im Vergleich zum Dawesplan hin. Insbesondere

betonte er, daß auch die Sanktionsfrage nunmehr gelöst sei, da die im Versailler Vertrage vorgesehenen Reparationsfunktionen wie das Wiederbesetzungsrecht beseitigt worden seien. Durch den Haager Schiedsgerichtshof sei Deutschland gegen jegliche Willkür unbedingt geschützt. Professor Moldenhauer behandelte ferner eingehend die Frage der Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld.

Zusammenfassend könne man sagen, daß der Youngplan anstelle machtpolitischen Druckes auf Deutschland wirtschaftliche Verständigung setze.

Deutschland übernehme allerdings schwere finanzielle Lasten. Die deutsche Abordnung habe im Haag im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung die Abkommen unterzeichnet, da die Freiheit Deutschlands einen hohen Preis wert sei.

Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien.

Die erste Sitzung im Auswärtigen Amte.

Berlin, 26. Januar.

Die bereits angekündigten Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien nahmen mit einer Sitzung der beiden Delegationen im Auswärtigen Amte ihren Anfang. Auf die Begrüßungsworte, mit denen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert der Genugtuung über den Beginn der Verhandlungen und der Hoffnung auf ihren baldigen Abschluß im Sinne einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen beiden Staaten Ausdruck gab, antwortete zuerst der rumänische Gesandte in Berlin, Czeglény Komlen, mit dem Wunsch, daß diese Verhandlungen dazu beitragen möchten, die Gedanken der wirtschaftlichen Verständigung und des Zollfriedens aus der Theorie in die Praxis zu übertragen.

Darauf gab der Führer der rumänischen Delegation, Präsident Antipa, eine eingehende Darlegung über die augenblickliche Wirtschaftslage Rumäniens, die in erster Linie von dem Ergehen der Landwirtschaft abhängig sei. Der Führer der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Fosse, legte in großen Zügen die Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, dar. Es wurde die Bildung von Unterkommissionen beschlossen, welche die weitere Erörterung der Einzelfragen unverzüglich beginnen sollen.

Die Roggenausfuhrfrage.

Vorläufige deutsch-polnische Vereinbarung.

Warschau, 26. Januar.

Der Wirtschaftsausschuß des Ministerrates soll in seiner letzten Sitzung die Bedingungen für eine Verständigung mit Deutschland in der Roggenausfuhrfrage angenommen haben. Der Direktor des Handelsdepartements, Sokolowski, sei nach Berlin abgereist, um dort das Abkommen zu unterzeichnen.

Es handle sich dabei um eine vorläufige Vereinbarung, die sich auf die Roggenausfuhr nach den nordischen Märkten beziehe und bis zum 10. Februar d. J. gelten solle. Der Departementsdirektor Sokolowski werde in Berlin wegen des Abschlusses eines Dauerabkommens verhandeln. Der vorläufige Vertrag solle auch bereits in Berlin grundsätzlich vom Reichsminister Dietrich gebilligt worden sein. Die Getreidepreise zögen an, und weiteres Steigen des Roggens sei zu erwarten.

Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Regelung der Roggenausfuhr handelt es sich im jetzigen Stadium zunächst um ein Privatabkommen der Getreide-Industrie- und Kommissions-A.G. und der Bank Rali in Warschau. Die Einzelheiten dieses Abkommens können, wie von unterrichteter, der Reichsregierung nahestehernder Seite mitgeteilt wird, mit Rücksicht auf den beabsichtigten Zweck der Markttüchtigung nicht veröffentlicht werden. In der Roggenausfuhrfrage hätten die tatsächlichen Verhältnisse bislang folgendermaßen gelegen: Deutschland und Polen hätten sich in den nordischen Staaten, die in der Praxis allein als Abnehmer für deutschen Roggen in Frage kämen, in einer Weise unterboten, wie es volkswirtschaftlich nicht länger verantwortet werden konnte. Die deutsche und polnische Konkurrenz um die außerdeutschen Märkte ohne Rücksicht auf den Preis sei im Interesse der deutschen Volkswirtschaft auf die Dauer weder erträglich noch zu verantworten. Wenn nun auf deutscher und polnischer Seite Einigkeit darüber bestehe, daß ein solches Verfahren in steigendem Maße unerträglich werde und daß ein weiteres Wettrennen zu einem völligen Zusammenbruch des Roggenpreises führen müsse, so sollte man diese Einsicht begrüßen. Das sei auch das Wesen der Abmachung. Selbstverständlich kaufe die Getreidekommissions-A.G. nicht polnischen Roggen, um ihn in Deutschland abzusetzen, sondern sie sichere sich für eine gewisse Zeit die ausschließliche Veräußerung über die polnische

Ausfuhr, um so dem deutschen Roggen durch Ausschaltung der unerwünschten Konkurrenz höhere Preise zu ermöglichen. Selbstverständlich werde die Ausfuhr deutschen Roggens, die übrigens nie unterbrochen war, damit fortgesetzt.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 27. Januar. Wie von zuständiger Seite verlautet, werden die in Genf aufgenommenen deutsch-polnischen Besprechungen zurzeit in Warschau fortgesetzt. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag sind am Montag wieder aufgenommen worden.

Berhandlungen hinter den Kulissen.

Einigung beim Zündholzmonopol.

Berlin, 26. Januar.

Die Regierungsparteien hielten eine neue interfraktionelle Besprechung ab, in der man sich auf einen Kompromißantrag zum Zündholzmonopol einigte.

Danach bleibt das monopolfreie Kontingent der Groß-einkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe von 23 000 Normalstücken für die Hamburger und 3700 Normalstücken für die Kölner Organisation bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungssätzen, die die Regierungsvorlage alljährlich für die Kontingente vorgesehen hat. Der Steigerungssatz vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 230 Normalstücken und für die Kölner Organisation von 56 auf 37 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgesehenen Kleinverkaufshöchstpreise werden durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen im wesentlichen, also zu Festpreisen gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen.

Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden. Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgesehenen Ermächtigung zum Erlass von Ausfuhrvorschriften die Maßbestimmung aufgenommen wird: Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungsvorschriften und Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Zündwaren. Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.

Politische Rundschau.

Beginn der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen. Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen sind im Auswärtigen Amt eröffnet worden. Die rumänische Abordnung, die unter Führung von Antipa steht, umfaßt 13 Mitglieder.

Das belgische Königspaar zur Kur in der Schweiz. Der König und die Königin von Belgien sind mit Gefolge zu einem längeren Kuraufenthalt in Mürren im Berner Oberland eingetroffen und im Hotel Kurhaus abgestiegen.

Die französischen Haushaltsberatungen. Die französische Kammer erledigte den gesamten Haushalt des Ministeriums der Handelsmarine und vertagte sich sodann am Montag vormittag, um mit den Beratungen des Kolonialministeriums zu beginnen.

Zur Rom-Reise Schobers. Der Besuch Schobers in Rom wird allenthalben mit Spannung erwartet. Wie verlautet, ist sein Besuch beim Papst für Sonntag, den 2. Februar, vorgezogen.

Die Hindenburg-Spende im Jahre 1929.

Berlin, 26. Januar. Die Stiftung Hindenburg-Spende ist bekanntlich von dem Reichspräsidenten aus den ihm zu seinem 80. Geburtstag dargebrachten freiwilligen Beiträgen errichtet. Dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers der Stiftung, Ministerialrat Dr. Karstedt, ist zu entnehmen, daß sie zugunsten von Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen usw. im Jahre 1929 rund 1 Million RM. aufgewandt hat. In den reichlich zwei Jahren ihres Bestehens hat die Stiftung in rund 17 000 Fällen insgesamt über 3 Millionen RM. an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Veteranen usw. ausgezahlt.

Bayern und der Youngplan.

München, 26. Januar. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich in Begleitung des Landesvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrat Schäffer, für mehrere Tage nach Berlin begeben, um an einer wichtigen Sitzung der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei über den Youngplan und die Haager Abkommen teilzunehmen. Dr. Held wird ferner die Gelegenheit wahrnehmen, Bayern im Reichsrat bei den Verhandlungen über den Youngplan und die Haager Abkommen persönlich zu vertreten.

Auch die Tschekoslowakei will abrüsten.

Prag, 26. Januar. Im Ausschuß des Abgeordnetenhanles erklärte der deutsche Reiterunabgeordnete Hadenberg,